

Wohnungswirtschaft fordert transparente Energiepreise

Strom und Gas treiben Nebenkosten in die Höhe

Berlin – Angesichts der hohen Strom- und Gaspreise erwartet die Wohnungswirtschaft von der rot-grünen Bundesregierung auf dem Energiegipfel am 3. April „grundlegende Weichenstellungen“. Dringend erforderlich seien Preistransparenz und Wettbewerb der Gas- und Stromversorger, forderten der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen sowie der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) in Berlin. „Im Zeitraum 2000 bis Ende 2005 sind die warmen Wohnnebenkosten um

rund 45 Prozent gestiegen“, sagte GdW-Präsident Lutz Freitag. Um Kostenentlastungen messen zu können, bedürfe es der vollen Preistransparenz.

BBU-Präsident Ludwig Burkardt ergänzte: „Die Preiskalkulation der Versorger muß offen gelegt und nachprüfbar werden.“ Die Genehmigung der Netzentgelte müsse sich an den Kosten des „besten“ Unternehmens orientieren. Mit Spannung werde erwartet, ob bis zum 1. Oktober entsprechend dem Energiewirtschaftsgesetz ein funktionierender Wettbewerb und ein kostensenkendes System der Energiedurchleitung geschaffen werde.

Nach Angaben Freitags haben die 3200 GdW-Unternehmen seit 1992 mehr als 120 Mrd. Euro in die Modernisierung und Instandhaltung des Gebäudebestandes investiert. Damit könnten die Mieter Betriebskosten sparen. „Es kann jedoch nicht sein, daß ein erheblicher Teil dieser Einsparwirkungen vom Anstieg der Energiekosten – auf nicht funktionierenden Märkten – aufgezehrt wird.“ dpa

